

# «Von der Antwort sind wir nicht überrascht, aber enttäuscht»

**75 Prozent der Mitarbeitenden des Kantons sollen mit ihrem Lohn unzufrieden sein, zeigt eine Studie. EVP-Kantonsrat Markus Schaaf wollte es mit einer Anfrage genauer wissen – und kritisiert die Antwort.**

**REGION** Der Tösstaler Kantonsrat Markus Schaaf (EVP) wollte in einer Anfrage an den Regierungsrat mehr über die kantonale Lohnpolitik wissen. Seiner Ansicht nach werden viele Angestellte des Kantons nicht gerecht entlohnt. Von der Antwort der kantonalen Exekutive ist Schaaf enttäuscht. Hintergrund der Anfrage, die Schaaf gemeinsam mit den SP-Kantonsratsmitgliedern Michèle Dünki-Bättig und Benedikt Gschwind beim Regierungsrat einreichte, war eine Studie, die letzten November erschien. Verfasst wurde sie vom Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), der im Kanton Zürich von Dünki-Bättig präsidiert wird, in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Personalverbänden des Kantons Zürich (VPV). An ihr hatten insgesamt 7000 Mitarbeitende des Kantons teilgenommen.

## 75 Prozent sind unzufrieden

Die Studie, welche keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt, wollte mehr über die Lohnentwicklung und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden des Kantons seit 2010 herausfinden und kam zu folgenden Resultaten: Die Chance für eine Lohnerhöhung ist umso grösser, je höher der Lohn und der Beschäftigungsgrad der Mitarbeitenden ist. Drei Viertel der Teilnehmenden gaben an, mit ihrer Lohnentwicklung unzufrieden zu sein.

Beispielsweise haben 22 Prozent der Teilnehmenden seit 2010 nie eine Lohnerhöhung erhalten, weitere 31 Prozent bloss eine einzige. Einmalzulagen wurden nur selten ausgezahlt. 54 Prozent der Teilnehmenden gaben an, seit 2010 nie eine Einmalzulage erhalten zu haben. Von denjenigen, die eine erhielten, gaben wiederum 58 Prozent an, bloss einmal eine erhalten zu haben. Diese lagen mehrheitlich unter 1000 Franken. Auch kam die Studie zum Schluss, dass grösstenteils Männer von Lohnerhöhungen profitierten.

## Viele offene Fragen

Die Resultate der Studie regten die drei Mitglieder des Kantonsrats an, dem Regierungsrat einige Fragen zum Thema Löhne zu stellen. So wollten Sie unter an-



Drei Viertel der Mitarbeitenden des Kantons sind laut einer Umfrage mit ihrer Lohnentwicklung unzufrieden.

Symbolfoto: Fabian Senn

derem wissen, ob die Resultate der Umfrage mit der Einschätzung des Regierungsrats hinsichtlich Lohnentwicklung und



**«Wenn der Kanton sparen will, tut er das immer zuerst bei seinem Personal.»**

Markus Schaaf, Kantonsrat

Einmalzahlungen übereinstimme, wo er die Ursachen für die Unzufriedenheit der Mitarbeitenden des Kantons sehe, wie er

gedenke, künftig auch Teilzeitarbeitende in den unteren Lohnklassen, wovon überdurchschnittlich viele Frauen betroffen sind, in den Genuss von Lohnerhöhungen zu bringen.

Schliesslich wollten die Kantonsratsmitglieder wissen, ob es nicht sinnvoller sei, künftig nicht nur einen Teuerungsausgleich zu gewähren, sondern einen fixen Beitrag zu definieren, den alle Beschäftigten des Kantons im Minimum erhalten sollten. Schliesslich würden die gestiegenen Miet- und Gesundheitskosten gerade die tieferen Einkommen besonders stark treffen.

## Studie nicht repräsentativ

Liest man die Antwort des Regierungsrats, gibt es keinen Grund zur Sorge. Die kantonale Exekutive argumentierte, kurz zusammengefasst, wie folgt: Die Studie sei nicht repräsentativ. Es sei zwar durchaus möglich, dass die subjektive Einschätzung der Lohnpolitik für einzelne Mitarbeitende nicht zufriedenstellend sei, selbst wenn dies objek-

tiv nicht zutrefte. Es gelte das meritokratische Prinzip «Lohn für Arbeit», was so viel bedeutet wie: Jeder wird je nach Funktion und Leistung gerecht bezahlt. Da die Lohnpolitik in den Augen der Regierung in Ordnung sei, ist es nicht weiter erstaunlich, dass

**«In der Bevölkerung herrscht nach wie vor ein falsches Bild von Mitarbeitenden des Kantons.»**

Markus Schaaf, Kantonsrat

diese keinen Grund sieht, auf die Ursachen der Unzufriedenheit der Mitarbeitenden einzugehen.

## Unzufrieden mit der Antwort

«Die Antwort des Regierungsrats hat uns nicht überrascht, trotzdem sind wir von ihr enttäuscht», kommentierte Schaaf

und ergänzt: «Nach eigenen Aussagen will der Kanton Zürich ein attraktiver Arbeitgeber sein, der seinen Mitarbeitenden zeitgemässe Anstellungen bietet.» Das Verhalten des Regierungsrats in den vergangenen Jahren spreche aber eine andere Sprache: «Wenn der Kanton sparen muss, tut er das immer zuerst bei seinem Personal. Die geplanten Vermögens- und Unternehmenssteuererhöhungen werden einmal mehr die Mitarbeitenden des Kantons bezahlen müssen.» Für Schaaf setzt die gegenwärtige Lohnpolitik für Mitarbeitende des Kantons die falschen Anreize: «Mit dem jetzigen Status quo sind die Rahmenbedingungen so geschaffen, dass diese Leute in der Privatwirtschaft mehrheitlich besser verdienen.»

## Falsches Bild des «Beamten»

Ein Ärgernis ist für Schaaf das Bild, welches sich viele von Angestellten des Kantons noch immer machen würden. «In der Bevölkerung herrscht nach wie vor ein falsches Bild von Mitarbei-

tenden des Kantons. Die Vorstellung vom Beamten, der sich nur einmal am Tag bewegt, ist völlig überholt.» Dabei gelte es zu be-

**«Bedingungen sind geschaffen, dass diese Leute in der Privatwirtschaft besser verdienen.»**

Markus Schaaf, Kantonsrat

rücksichtigen, dass zu den Angestellten des Kantons Mitarbeitende unterschiedlichster Berufe gehören, wie Polizisten, Mitarbeitende des Unispitals, der Psychiatrie Wülflingen oder des Strassenunterhaltsdienstes. «Darunter gibt es viele hoch qualifizierte Angestellte, die sicherlich mehr Wertschätzung verdient hätten», meint der Kantonsrat.

Rafael Lutz